

## **Heinrich Deist**

geb. 9. Juli 1874 Mitterode

gest. 19. Juni 1963 Dessau

Heinrich Deist stammte aus Mitterode (heute Teil der Kleinstadt Sontra) im nordöstlichen Zipfel von Hessen, wo seine Eltern - Georg Deist (1847-1899) und Elisabeth, geb. Storch (1845-1891) - ursprünglich Bauern waren. Heinrich war das älteste von den sechs in dieser Ehe geborenen Kindern. Der Vater mußte den Hof verkaufen und zog mit der Familie nach Kassel, wo er sich als Fabrikarbeiter verdingte. Nach Schulbesuch in Mitterode (einklassige Dorfschule) und Kassel (Volksschule) erlernte der begabte Heinrich den Beruf des Schriftsetzers. Mit 16 Jahren nahm ihn der Vater erstmals in eine sozialdemokratische Versammlung mit. Unmittelbar nach Beendigung der Lehrzeit trat Deist dem Buchdruckerverband bei, mit Erreichen der Volljährigkeit wurde er 1895 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Am 28. Dezember 1901 heiratete Deist die aus Neubrandenburg stammende Louise Breitzmann (1886-1971), in einer glücklichen Ehe wurden ihnen vier Söhne geboren: Heinrich (1902-1964), Karl (1904-1995), Hermann (1906-?), Franz (1908-1991). Der älteste Sohn Heinrich vor allem trat in die politischen Fußstapfen des Vaters, wurde ein führender sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestags und einer der geistigen Väter des Godesberger Programms der SPD.

Die Deists lebten zunächst in Bant bei Wilhelmshaven. 1903 wurde Deist Geschäftsführer des Zeitungs- und Buchhandlungsgeschäfts beim sozialdemokratischen „Volksblatt für Anhalt“ in Dessau und zog mit seiner Familie in die Muldestadt - zunächst in eine Mietswohnung in der Radegaster Straße 12. Schon in den ersten Monaten seiner neuen Tätigkeit schuf er beim „Volksblatt“ auf genossenschaftlicher Basis eine eigene Druckerei, die am 1. Oktober 1904 auf parteieigenem Grundstück (Askanische Straße 107) eingeweiht werden konnte. Sein geschicktes Organisationstalent zeigte sich auch 1910, als Deist im Auftrag der Gewerkschaften für eine Viertelmillion Goldmark das größte und schönste Dessauer Gartenlokal, das „Tivoli“ in der Amalienstraße, für die Sozialdemokratie erwarb. Sowohl Druckerei und Verlag als auch das „Tivoli“ waren gewinnbringende Investitionen.

Neben der Geschäftsführertätigkeit beim „Volksblatt“ engagierte sich Deist für die Kommunalpolitik. Von 1905 bis 1908 und nochmals von 1911 bis 1918 war er Stadtverordneter und ab 1913 stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Sein Einsatz für die Einführung eines demokratischen Wahlrechts für die Kommunen und den Landtag in Anhalt zeigte sich auch in der Publikation „Verhältniswahlrecht für die Anhaltischen Gemeinden. Antwort auf die von der anhaltischen Regierung gegen die Verhältniswahl abgegebenen Regierungen“ (Dessau 1910).

In den bewegten Zeiten der Novemberrevolution stieg der Sozialdemokrat Deist in die erste Reihe der anhaltischen Landespolitiker auf. Der anhaltische Prinzregent Aribert verzichtete am 12. Oktober für den minderjährigen Herzog auf den Thron - Deist, der mit dem Prinzregenten verhandelt hatte, sagte damals zu seinen Redaktionskollegen: „Wenn Ihr eine Herzogskrone haben wollt, im Schloß liegt eine auf dem Tisch, die könnt Ihr Euch holen“ Am 8. November 1918 wurde Deist in eine aus Sozialdemokraten (Deist, Wilhelm Voigt), bürgerlichen Liberalen (Josef Lux, Dr. Hermann Cohn) und herzoglichen Beamten (Paul Lange, Philipp Mühlenbein) bestehende Übergangsregierung unter Dr. Max Gutknecht berufen. Am Tag darauf wählte der Dessauer Arbeiter- und Soldatenrat Deist zu seinem Mitglied.

Deists integre Persönlichkeit und taktisches politisches Geschick hat dazu beigetragen, dass jene unruhigen Revolutionstage in Dessau ohne Blutvergießen abliefen. Es sei, so schreibt er selbst darüber, „nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der demokratischen

Regierung, dafür zu sorgen, daß die (...) Gewalt, besonders der Mord aus dem politischen Kampf ausgeschieden wird. Gewalt ist kein zulässiges politisches Kampfmittel und auch der politische Mord ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen.“<sup>1</sup> Im Streben nach Verhinderung „bolschewistischer Zustände“ in Anhalt war sich Deist mit Heinrich Peus, der regionalen SPD-Führer, einig: „Wir wollen keine Diktatur, weder eine militärische noch eine proletarische, weder eine von oben noch eine von unten. Wir wollen Demokratie, Gleichberechtigung aller, und auf solcher Gleichberechtigung aufgebaute Ordnung.“<sup>2</sup>

Am 14. November 1918 wurde Heinrich Deist Mitglied des die Regierung des Landes übernehmenden, vom Sozialdemokraten Wolfgang Heine geleiteten Staatsrats. Vier Sozialdemokraten (Heine, Deist, Wilhelm Voigt, Richard Paulick) und drei bürgerliche Liberale bzw. Demokraten (Fritz Hesse, Josef Lux, Dr. Hermann Cohn) übernahmen damit in schwierigster Zeit die Regierungsgeschäfte. Die vom Staatsrat umgehend anberaumten Wahlen zur Konstituierenden Landesversammlung für Anhalt brachten der Sozialdemokratie am 15. Dezember 1918 einen überwältigenden Erfolg: 58 % der Stimmen und 22 der insgesamt 36 Landtagsmandate. Anhalt war damit das erste Land im Deutschen Reich, das eine auf demokratischer Wahl basierende Ordnung errichten konnte. Die SPD verzichtete darauf, allein zu regieren, und ging mit der DDP (34 % der Wählerstimmen, 12 Mandate) ein Regierungsbündnis ein - das, mit einer kurzen Unterbrechung 1924, bis 1932 die Landespolitik bestimmen sollte.

Nachdem Wolfgang Heine zum preußischen Innenminister ernannt worden war und deshalb den Vorsitz des Staatsrates für Anhalt abgegeben hatte, wurde Heinrich Deist am 23. Juli 1919 zu seinem Nachfolger gewählt. Der Staatsrat wurde auf fünf Mitglieder (Deist, Voigt, Paulick, Cohn, Lu) reduziert. Im Gefolge der ersten demokratischen Landtagswahl in Anhalt vom 6. Juni 1920 (SPD 13 Mandate, DDP 6, USPD 6, DNVP 6, DVP 5) wurde Deist am 21. Juni in seinem Amt als Präsident des Staatsrats bestätigt. Dies geschah ebenso im Oktober 1922 - nunmehr stand Deist als „Ministerpräsident“ - zudem zuständig für das Finanzressort - an der Spitze der „Anhaltischen Landesregierung“, und zwei hauptamtliche Minister (Wilhelm Voigt, SPD, und Dr. Ernst Weber, DDP) standen ihm zur Seite. Mit kurzer Unterbrechung 1924 blieb Deist in diesem Amt bis zu den Wahlen des 24. April 1932, die in Anhalt die NSDAP an die Macht brachten. Die Landespolitik in Anhalt in der ganzen Epoche der Weimarer Republik ist also wesentlich mit seinem Wirken verknüpft.

Sachlichkeit, persönliche Integrität, praktischer Sinn, Beharrlichkeit, Durchsetzungsvermögen zeichneten Deist aus - in mancherlei Hinsicht bildete er damit ein Gegengewicht zum theoretischen Kopf der anhaltischen Sozialdemokratie, Heinrich Peus. Deist gegen persönliche Angriffe aus dem konservativen Lager verteidigend, heißt es im Herbst 1919 im sozialdemokratischen *Volksblatt für Anhalt*: „Herr Deist ist in der Vertretung seiner politischen Auffassung wie in der Ausübung seines Amtes von solcher ernstesten Sachlichkeit, daß eine ganz erbärmliche Gesinnung dazu gehört, ihn persönlich anzupöbeln. Kein Mann, der bisher an der Spitze des anhaltischen Volkes gestanden hat, hat in so kurzer Zeit schon so viel Nützliches in schwerster Zeit geschaffen. Nicht er allein, den Ruhm beansprucht er gar nicht, er mit seinen Gesinnungsgenossen und auch mit den politischen Gegnern, die sachlich mit ihm arbeiten. Was haben denn die Herzöge und Minister früher fürs Volk getan? Wir finden auf diese Frage keine Antwort. Wenn wir in Anhalt seit dem 9. November so erhebliche Ruhe haben, dann ist das auch mit dem allen Phrasenhaften abholden Wesen des Herrn Deist zu verdanken.“<sup>3</sup>

Eine zentrale Maßnahme der neuen, von Deist geführten Regierung war die Bodenreform, die vielen Kleinbauern Land zukommen ließ. Deists geschickte Verhandlungen zum Vermögensausgleich mit dem anhaltischen Fürstenhaus sicherten dem Land Anhalt

---

<sup>1</sup> Volksblatt für Anhalt, Dessau 10.2.1920.

<sup>2</sup> Wollen wir bolschewistische Zustände? in: ebenda, 27.10.1918.

<sup>3</sup> Ebenda, 26.9.1919.

umfangreichen Immobilienbesitz. Die Bemühungen von Oberbürgermeister Fritz Hesse zur Ansiedlung des Bauhauses hatten Deist volle Unterstützung.

Gegen die bedrückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages (umfangreiche Reparationszahlungen, Gebietsabtretungen, die Versailler These von der Alleinschuld Deutschlands am Kriegsausbruch u.a.) hat Deist mehrfach öffentlich seine Stimme erhoben. In einer gegen den Versailler „Gewaltfrieden“ protestierenden Sondersitzung der anhaltischen Landesversammlung am 16. Mai 1919 waren Peus und er die Hauptredner für die Sozialdemokratie. Deist nannte die bekannt gewordenen Versailler Friedensbedingungen einen „Verrat“ am ursprünglichen, auf eine internationale Friedensordnung zielenden Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson. Diese Bedingungen seien „ein Hohn auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Selbstbestimmungsrecht der Völker hieß das Wort, welches uns entgegenhallte. Gewaltsames Losreißen großer Flächen deutschen Bodens, zwangsweise Verschiebung von 5 Millionen Deutschen unter fremde Willkürherrschaft ist die Gewalttat, die uns, wie von einem Keulenschlag getroffen, aufschrecken läßt. Mit dem abtrennenden Boden nimmt man uns die Rohstoffe - Erz und Kohle - in Oberschlesien und im Saargebiet und die Quellen unentbehrlicher Nahrungsmittel, ohne welche unser Wirtschafts- und ein deutsches Kulturleben unmöglich sind.“<sup>4</sup> Auch auf einer von allen politischen Parteien getragenen protestierenden Volksversammlung am 25. Mai 1919 im Dessauer „Tivoli“ redete Deist im Auftrag der anhaltischen Sozialdemokraten. „Der Kapitalismus und Imperialismus von England, Amerika und Frankreich schickt sich an, dem erwachenden und erstarkenden Sozialismus in Deutschland den Todesstoß zu versetzen“, heißt es in dieser Rede.<sup>5</sup>

Darin drückte sich nicht zuletzt die Überzeugung von der engen Verknüpfung von sozialistischer und nationaler Entwicklung aus - eine Grundüberzeugung von Deist und vieler anderer Sozialdemokraten seiner Generation. Ein Fortschritt der Völker ist für ihn nur auf sozialistischem Wege möglich. Diesen Weg müssen nach Deists Überzeugung die Volksmassen in den einzelnen westlichen Nationalstaaten nach und nach erzwingen. Dem von der Sozialdemokratie in Richtung Sozialismus geführten Deutschland komme dabei - zumindest 1919 - eine gewisse Vorreiterrolle zu: „Das deutsche Volk hat in der Vergangenheit in der Tat an der Spitze demokratischen und sozialistischen Strebens gewirkt. Die historische Mission auf der Bahn menschlichen Fortschrittes, welche wir Sozialisten in Deutschland erfüllt haben, müssen wir anscheinend nun in Europa übernehmen. Hoffen wir, daß das in internationaler Beziehung mit dem Erfolge geschehen kann, wie es seither in nationaler Beziehung der Fall war.“<sup>6</sup>

Schon ab 1928 stand Heinrich Deist an der Spitze von Minderheitsregierungen. Nach der Wahlniederlage der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen des 24. April 1932 mußte er zurücktreten. 1933 und auch später wurde er kurzzeitig inhaftiert. Seine Pension wurde ihm von den neuen Machthabern entzogen, dann wieder gewährt, schließlich halbiert. Deist erwarb ein Häuschen mit großem Garten im ruhigen Ortsteil Mosigkau (Richtofenstr. 30), lebte dort zurückgezogen, baute im Garten Gemüse an. Er stand unter polizeilicher Aufsicht. Das Anhaltische Kreisamt, Abteilung Inneres, erteilte ihm am 17. Oktober 1933 die Auflage, sich bei einer Abwesenheit von mehr als 24 Stunden im Kreisamt abzumelden.<sup>7</sup> Nachdem er im November 1936 bei einem Luftschutzkursus im Lokal „Anhalter Hof“ den Hitlergruß und das Mitsingen des Horst-Wessel-Liedes verweigert hatte, wurde Deist zu einer dreiwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er vom 20. April bis 11. Mai 1937 im Gerichtsgefängnis Dessau, Bismarckstraße (heute: Willy-Lohmann-Str.) verbüßen mußte.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Protest der Landesversammlung gegen den Gewaltfrieden, in: ebenda, 16. Mai 1919.

<sup>5</sup> Der kommende Friede, in: ebenda, Beilage zum 28. Juni 1919

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> LHASA, DE, Nachlaß Deist, Nr. 8, Bl. 6.

<sup>8</sup> Ebenda, Bl. 3.

Nach der Zerschlagung des Naziregimes wirkte Heinrich Deist erneut in politisch verantwortlichen Ämtern. Ab Sommer 1945 war er Präsident des Verwaltungsbezirks Dessau. In oftmals komplizierter Abstimmung mit der sowjetischen Militäradministration in Berlin-Karlshorst organisierte er den Wiederaufbau aller Lebensbereiche im Gebiet der Bezirksverwaltung.<sup>9</sup> Er scheute sich nicht, gegen Entscheidungen zu intervenieren, die er für falsch hielt, oder auf Gesetzesübertritte von sowjetischen Armeeingehörigen aufmerksam zu machen. Mit dem Hinweis auf die verheerenden Folgen, die seinerzeit die Bestimmungen des Versailler Vertrages für Deutschland hatten, wandte er sich gegen überzogene, die Wirtschaft des zerstörten Landes noch weiter schädigende Reparationsforderungen. Er trat auch für eine sachliche und differenzierte Entnazifizierung ein, indem er mehrere Gruppen ehemaliger Nationalsozialisten unterschied: ehemalige Funktionsträger und andere aktive Parteigänger des Regimes - sie seien für eine Wiedereingliederung in den Verwaltungsapparat nicht geeignet; zum zweiten jene, die vor allem durch den Krieg einen glaubwürdigen Gesinnungswandel durchgemacht hatten; zum dritten jene, die aus familiären oder beruflichen Gründen Mitglieder der NSDAP geworden waren, ihre programmatischen Positionen aber nicht geteilt hatten. Es sei „ein Gebot politischer Klugheit, alles was ehrlich bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten, auch heranzuziehen“.<sup>10</sup>

Nach Auflösung der Verwaltungsbezirke in Sachsen-Anhalt zum 1. Juli 1947 übernahm Deist den Posten des Leiters des Aufbaustabes für die künftige Verwaltungsschule in Sachsen-Anhalt. Die fast fertig ausgebaute Schule wurde 1949 von der sowjetischen Armee beschlagnahmt und als Kaserne genutzt. Deist ging, im Alter von 75 Jahren, in den Ruhestand.

Heinrich Deist trat der SED bei, doch seine Hoffnung, innerhalb dieser Partei sozialdemokratische Politik für die Volksmassen fortsetzen zu können, erfüllte sich nicht. "Wir waren immer Demokraten und werden das stets bleiben", hatte er in einer Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz von KPD und SPD am 30. März 1946 in Köthen betont. Die Rede wurde als „demagogisch“ abgetan. In einem Schreiben der Dessauer Oberbürgermeisterin Lisa Krause an den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, heißt es über Deist: „In Mosigkau bei Dessau wohnt der frühere Bezirkspräsident Deist. Deist war bis 1933 hoher Verwaltungsfunktionär. Er erhielt in den Jahren 1933-1945 von den Faschisten Pension. ‚Selbstverständlich‘ bemühte er sich, 1945 Opfer des Faschismus zu werden. Von den hiesigen Genossen, die Deist aus der Zeit bis 1933 sehr gut kennen - ihm unterstand u.a. die Polizei - wurde das selbstverständlich abgelehnt. Nach dem Zusammenbruch 1945 übernahm Deist die Funktion des Bezirkspräsidenten im Regierungsbezirk Anhalt. Nach dessen Auflösung ging Herr Deist erneut in Pension und gehört zu den wenigen, die eine sogenannte Ehrenpension beziehen. Dieser typische Vertreter der sozialdemokratischen Bourgeoisie empfängt noch heute monatlich 700 Mark. Seine beiden Herren Söhne haben sich kurze Zeit nach der Flucht von Jungmann ebenfalls nach dem Westen abgesetzt. (...) Ich bin der Meinung, daß unbedingt überprüft werden muß, auf Grund welcher Verdienste Deist in der Jetztzeit eine Ehrenpension in einer solchen Höhe empfangen kann.“<sup>11</sup>

Die politisch Mächtigen schlossen den verdienstvollen Sozialdemokraten Deist im Februar 1954 aus der SED aus. Nachdem er dagegen protestiert hatte, wurde er Ende 1954 wieder aufgenommen. Ein Verlassen der DDR, ein Weggang aus jener Region, die er politisch mitgestaltet hatte, kam für ihn niemals in Frage. Heinrich Deists Grabstätte befindet sich auf dem kleinen Friedhof bei der Kirche von Dessau-Mosigkau. Eine Straße im Stadtteil Siedlung-Ziebigk-Kühnau trägt seit dem 30. Mai 2009 seinen Namen.

---

<sup>9</sup> Vgl. Wilfried Lübeck: Heinrich Deist - Sein politisches Wirken und Leben nach 1945, in: Heinrich Deist - Ministerpräsident des Freistaats Anhalt, Halle (Saale) 2000 (Sachsen-Anhalt: Beiträge zur Landesgeschichte Sachsen-Anhalts, 17), S. 34-46, hier S. 35 ff.

<sup>10</sup> LHASA, DE, BV Dessau, Nr. 146, Bl. 29 (zitiert in Lübeck, S. 38).

<sup>11</sup> Zit. in Lübeck, a.a.O., S. 42.

### **Literaturhinweise**

Heinrich Deist: Lebenslauf (1951), in: LHASA, DE, Teilnachlass Deist, Nr. 11.

Torsten Kupfer: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933, Weimar u.a. 1996

Torsten Kupfer: Heinrich Deist, in: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus 5 Jahrhunderten, hg. v. Manfred Asendorf u. Rolf von Bockel, Stuttgart und Weimar 1997

Gerhard Beier: Heinrich Deist (1874-1963). Ein vergessener Ministerpräsident der Sozialdemokratie, in: Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Jg. 1999, Heft 3, S. 78 ff

Günter Ziegler: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Heinrich Deist. Ministerpräsident des Freistaats Anhalt, Halle 2000 ((Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte, 17)

Wilfried Lübeck: Heinrich Deist - sein politisches Wirken und Leben nach 1945, in: ebenda.